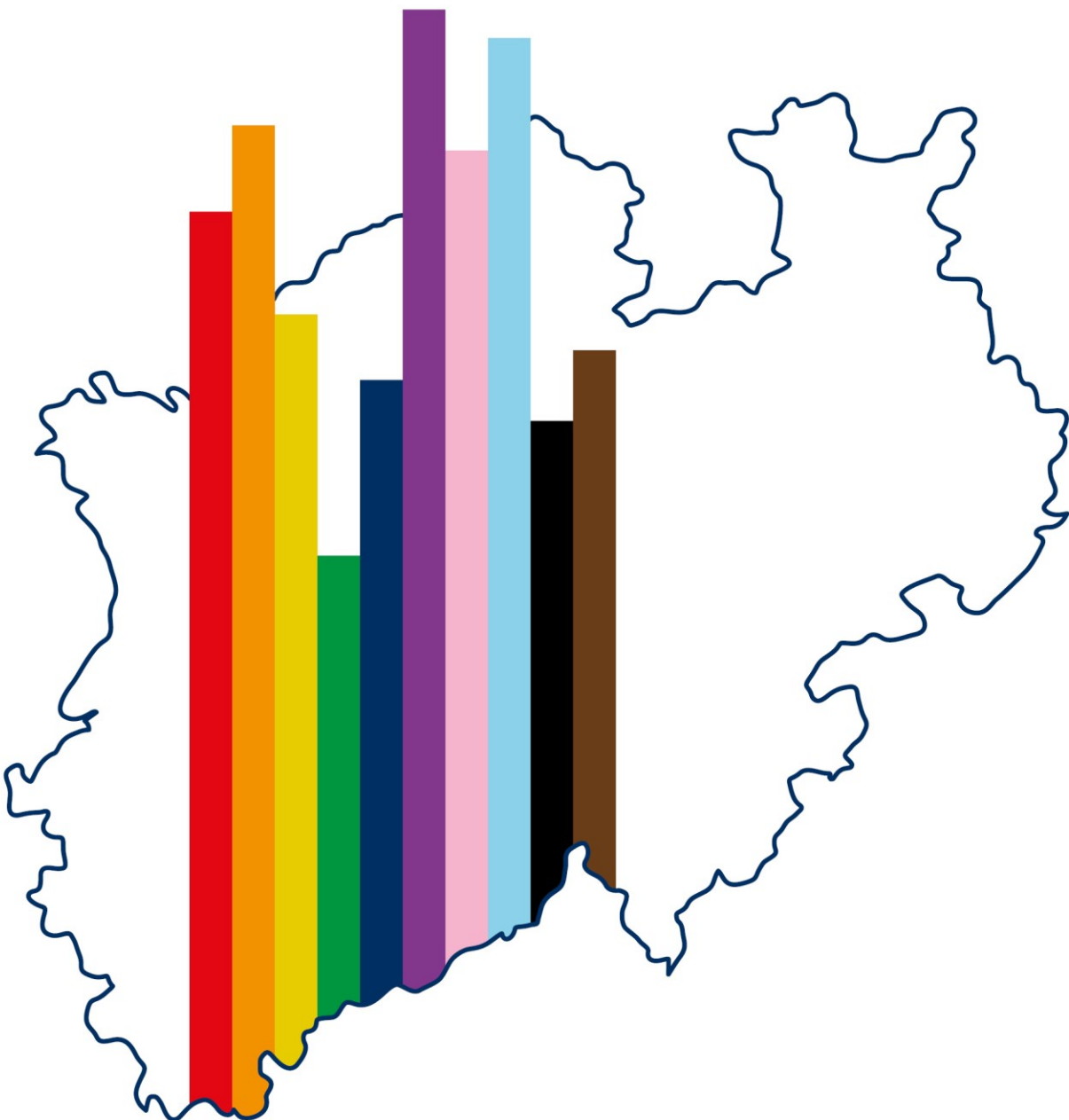




Queer durch NRW

Studie zu Lebenslagen und Erfahrungen von LSBTIQ*

Kurzfassung



Dies ist eine Kurzfassung der Studie „Queer durch NRW“. Die Langfassung kann auf den Webseiten des Herausgebers, des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKJFGFI), ebenfalls kostenfrei heruntergeladen werden. In der Langversion findet sich ein Glossar zu den häufig verwendeten Begriffen und Abkürzungen.

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Methodik der Studie	4
3	Vielfalt und Sichtbarkeit: sexuelle und geschlechtliche Identitäten sowie Coming-out-Prozesse	5
4	Lebenszufriedenheit, Chancengleichheit und Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*	7
5	Schwerpunkt Sicherheit	9
6	Schwerpunkt Gesundheit, Pflege, Alter	10
7	Schwerpunkt Integration, Migration, Flucht	11
8	Erfahrungen von LSBTIQ* in unterschiedlichen Lebensbereichen	12
9	Erfahrungen der Angehörigen von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen	14
10	Erfahrungen von Fachkräften im Umgang mit LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen	15
11	Fazit	18

1 Einleitung

Die Studie „Queer durch NRW – Lebenslagen und Erfahrungen von LSBTIQ*“ ist die erste ihrer Art für das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik. Statistischen Schätzungen zufolge dürfte rund jede:r zehnte der gut 18 Millionen Nordrhein-Westfäl:innen schwul, lesbisch, bisexuell, asexuell, trans*, inter*, nicht-binär oder queer sein: ca. 1,8 Millionen LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen. Um ihre Lebenssituation zu verbessern, sie vor Übergriffen zu schützen und gezielte Angebote zu schaffen, erarbeitet die Landesregierung Nordrhein-Westfalen bereits seit 1998 entsprechende Programme, zuletzt in Form eines Landesaktionsplans.

Auch künftig sollen Maßnahmen für Vielfalt und gegen Queerfeindlichkeit weiterentwickelt werden. Bisher fehlt dafür jedoch eine breite Datengrundlage. Denn bestehende Studien über LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen betrachten entweder nur einzelne Lebensbereiche wie den Arbeitsplatz (Frohn & Meinhold 2018)¹, einzelne Lebensabschnitte wie das Jugendalter (Krell & Brodersen 2020)² oder einzelne LSBTIQ*-Teilgruppen wie bspw. LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen (Martens et al. 2020)³. Eine umfassende Studie zu Lebenslagen von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen, die vielfältige Lebensbereiche umfasst und weitere Eigenschaften wie beispielsweise Alter oder Einwanderungsgeschichte in den Blick nimmt, soll diese Lücke schließen. Dies haben die regierenden Landtagsfraktionen mit ihrem Antrag „Den Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit auf erweiterter Datenbasis weiterentwickeln“ (Drucksache 18/6360) vom 17.10.2023 beschlossen. Darin legen sie auch die Schwerpunkte einer solchen Studie fest: Sicherheit und Diskriminierungserfahrungen (1), Gesundheit, Pflege, Alter (2) sowie Integration, Flucht, Asyl (3).

Das federführende Referat 314, „Politikfeld gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)“, im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration Nordrhein-Westfalen hat dazu im Dezember 2023 die Durchführung einer entsprechenden Studie ausgeschrieben. Beauftragt wurde das Forschungsinstitut Rauh Research Management. Die vorliegende Studie ist das Ergebnis dieses Prozesses und wird auf den folgenden Seiten die Daten anhand der wissenschaftlichen Auswertung bereitstellen.

¹ Frohn, D. & Meinhold, F. (2018). Out im Office?! Sonderauswertung NRW. Sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, (Anti-)Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz. IDA | Institut für Diversity- & Antidiskriminierungsforschung (Hrsg.). DOI: 10.13140/RG.2.2.13277.90089.

² Krell, C. & Brodersen, F. (2020). Coming-out in NRW. Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Deutsches Jugendinstitut e. V. (Hrsg.). Online unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2020/DJI_30170_Coming-out_in_NRW_2020.pdf [Zugriff am 03.02.2025].

³ Martens, D.; Mohr, S., Struck, P. & Vogt, F. (2020). LSBTIQ* inklusiv NRW. Studienergebnisse Lebenswirklichkeiten und Problemlagen von LSBTIQ* mit unterschiedlichen Formen der Behinderung, chronischen Erkrankungen, psychischen und sonstigen Beeinträchtigungen. Abschlussbericht. LAG Lesben in NRW e.V. (Hrsg.). Online unter: <https://www.lsbtiq-inklusive.nrw/files/lsbtiq/pdf/Gesamtauswertung%20NRW%20LSBTIQ%20inklusive%202020-1.pdf> [Zugriff am 02.12.2024].

2 Methodik der Studie

Die Lebenslagenstudie basiert auf vier Teilerhebungen, die im Jahr 2024 durchgeführt worden sind:

- (1) einer landesweiten Online-Befragung von LSBTIQ* und ihren An-/Zugehörigen (Feldzeit vom 20.06. – 25.07.2024)
- (2) einer landesweiten Online-Befragung von Fachkräften (Feldzeit vom 01.08. – 15.09.2024)
- (3) einer Reihe qualitativer Expert:innen-Interviews (Juli – September 2024)
- (4) je einer qualitativen Fokusgruppendifkussion zu jedem der drei Schwerpunktbereiche (September – November 2024)

Teilnahme an den Online-Befragungen

Zur Entwicklung der Erhebungsinstrumente wurde teils auf bestehende Fragebögen anderer Studien rekurriert. Zusätzlich wurde bei der Fragebogenerstellung eine Begleitgruppe aus LSBTIQ*-Fachstellen und ministeriellen Vertreter:innen eingerichtet, die vielfältige lebensweltliche und fachliche Expertisen in die Erarbeitung der Studie eingebracht haben.

Da eine repräsentative Stichprobenziehung per Zufallsauswahl aus dem Einwohner:innenmelderegister bei der Zielgruppe LSBTIQ* nicht möglich ist, wurde – wie bei allen vergleichbaren Studien auch – eine selbstrekrutierende Stichprobe über die Bewerbung des Befragungslinks durch Multiplikator:innen als Zugangsweg gewählt. Hierüber sollte sowohl eine größtmögliche Erreichbarkeit aller LSBTIQ* als auch spezifischer Teilgruppen erzielt werden. Insgesamt wurden für die LSBTIQ*- sowie die Angehörigenbefragung 357 LSBTIQ*-Organisationen in Nordrhein-Westfalen und 1.352 weitere Breitenorganisationen wie Sportverbände, Gewerkschaften, Kirchen, sowie Kammern angeschrieben. Zusätzlich wurde als Offline-Kanal eine Flyer-Verteilung beim Christopher Street Day (CSD) Köln mit 20.000 Flyern vorgenommen, da dieser in die Feldzeit der Erhebung fiel.

Auf den LSBTIQ*- und Angehörigenfragebogen haben 6.172 Teilnehmende geantwortet: 5.397 LSBTIQ* sowie 775 Angehörige von LSBTIQ*. Beide Werte stellen die höchsten Teilnahmezahlen im bundesweiten Vergleich dar und werden dem bevölkerungsreichsten Bundesland gerecht.

An der Fachkräftebefragung haben 5.171 Berufstätige aus Nordrhein-Westfalen teilgenommen. Davon haben 4.976 auf die Frage nach ihrem Berufsfeld geantwortet, sodass diese Angaben in die Auswertung einfließen konnten.

Wie andere selbstrekrutierende Studien auch, kann die Lebenslagenstudie jedoch keine statistisch repräsentativen Zahlen liefern. Die Gesamtwerte geben überproportional häufig die Einschätzungen und Erfahrungen hochgebildeter, großstädtischer und vergleichsweise junger LSBTIQ* wieder. Auf Basis der umfangreichen Daten vermag es die Studie aber sehr wohl, die Vielfalt von LSBTIQ*-Lebensentwürfen durch die über 10.000 Erfahrungsberichte zu beschreiben und damit belastbare Antworttendenzen sowie maßgebliche Problemlagen zu identifizieren.

Teilnahme an den qualitativen Studienelementen

Zur Vertiefung der vorgegebenen Schwerpunktbereiche und um die Expertise verschiedener, auch intersektional spezialisierter Fachstellen einzubinden, wurden 16 Expert:innen-Interviews mit insgesamt 23 interviewten Expert:innen geführt. Alle Interviewten haben aus Transparenzgründen freiwillig auf ihre Anonymität verzichtet.⁴ Die Expert:innen-Interviews wurden als leitfadengestützte Interviews telefonisch oder per Videokonferenz geführt. Die Dauer der geführten Interviews lag zwischen 40 und 120 Minuten. Die Interview-Mitschriften bildeten die Grundlage für eine vergleichende, hermeneutische Auswertung.

Die Fokusgruppendifkussionen haben zum Ziel, die lebensweltlichen Erfahrungen von LSBTIQ* in jeweils einem der Schwerpunktbereiche zu vertiefen und verschiedene Personen ausführlich reflektieren zu lassen. Zur Rekrutierung der Teilnehmenden wurden ab Juli 2024 Aufrufe über diverse Fachstellen und LSBTIQ*-Vereine in Nordrhein-Westfalen platziert. Neben Dachorganisationen wurden insbesondere solche Vereine angesprochen, die dezidierte Angebote für die jeweiligen Bereiche, also Angebote für LSBTIQ* mit Einwanderungsgeschichte, Fluchterfahrung oder Gesundheitsangebote durchführen. Insgesamt haben 14 Fokusgruppendifkutant:innen teilgenommen.

3 Vielfalt und Sichtbarkeit: sexuelle und geschlechtliche Identitäten sowie Coming-out-Prozesse

In diesem Kapitel wird die Vielfalt von LSBTIQ*-Identitäten in Nordrhein-Westfalen betrachtet. Dazu zählen vielfältige sexuelle und geschlechtliche Identitäten sowie unterschiedliche Coming-out-Prozesse bei den Befragten.

Vielfalt berichteter sexueller und geschlechtlicher Identitäten

Sexuelle und geschlechtliche Identitäten in Nordrhein-Westfalen sind vielfältig. Das zeigt die Studie „Queer durch NRW“ klar: Je rund 1.300 Personen bzw. ein Viertel aller Befragten bezeichnet sich als lesbisch, lesbisch* oder homosexuell (23,5 %) oder als schwul bzw. schwul* oder homosexuell (25,8 %). Bisexuell sind 16,2 % der

⁴ Die Liste der Expert:innen ist der Langfassung dieser Studie zu entnehmen.

Teilnehmenden. Hinzu kommen 60 Personen, die sich als heterosexuell identifizieren und nicht cisgeschlechtlich sind, also beispielsweise als Trans*frau Männer* begehren. Über 700 Teilnehmende bzw. 13,7 % beschreiben ihre sexuelle Identität als queer. Über 500 bzw. knapp jede:r Zehnte ist nach eigenen Angaben pansexuell. Mit 276 Befragten (jede:r Zwanzigste) haben zudem viele Personen teilgenommen, die asexuell sind. Damit wird auch eine Analyse ihrer Lebenslagen statistisch möglich.

173 Befragte (3,2 %) möchten sich in der Bezeichnung ihrer sexuellen Identität nicht festlegen, weitere 71 Personen (1,3 %) haben eine andere als die vorgegebenen Antwortkategorien als Selbstbezeichnung gewählt. Dabei verweisen viele dieser Befragten darauf, dass sie mehr als einen Begriff für ihre sexuelle Identität haben, also eine Mehrfachnennung bzw. Kombination verschiedener Begriffe wählen (bspw. „lesbisch und asexuell und queer“).

Betrachtet man die Selbstbezeichnungen hinsichtlich der geschlechtlichen Identität der Befragten, verteilen sich die über 5.300 Antworten breit auf 14 geschlossen abgefragte Identitätskategorien. Neben den zusammengenommen 70,4 %, die sich als Mann oder Frau bezeichnen, haben sich knapp ein Drittel der Befragten anderen Begriffen zugeordnet. Darunter sind am häufigsten nicht-binäre Befragte vertreten (7,1 %) bzw. 377 Personen. Weitere 254 Personen bzw. 4,8 % identifizieren sich als nicht-binär und trans*. Das zeigt bereits, dass Nicht-Binarität ein mit anderen Identitäten verwobenes Spektrum ist. So identifizieren sich Studienteilnehmende auch als nicht-binär und inter* (0,2 %). Viele trans* Befragte verorten sich jedoch auch binär: 3,5 % (184 Personen) als Trans*mann und 2,8 % als Trans*frau (149 Personen).

Coming-out-Prozesse und Hinderungsgründe gegen Coming-outs

Der Anteil derjenigen, die ihre sexuelle bzw. ihre geschlechtliche Identität offen leben, steigt mit zunehmendem Alter der Befragten an. Hinsichtlich der Identität zeigen sich klare Unterschiede. Während eine deutliche Mehrheit der befragten LSBTIQ* (80,8 %) mit ihrer sexuellen Identität vollkommen oder weitgehend offen leben, sagen dies nur 54,7 % der befragten TIN* bezogen auf ihre geschlechtliche Identität.

Betrachtet man die Coming-out-Quote differenzierter je nach sexueller Identität, zeigen die Antworten der Befragten, dass homosexuelle Identitäten (lesbisch 91,3 %, schwul 91,8 %) häufiger offen gelebt werden als insbesondere bisexuelle Identitäten (69,4 %). Von den befragten Asexuellen lebt sogar etwas weniger als die Hälfte offen ihre Asexualität (49,6 %).

Auch unter den geschlechtlichen Identitäten werden nicht alle gleichermaßen häufig offen gelebt. So lebt unter den befragten Agender (45,3 %) und Inter* (48 %) weniger als die Hälfte nach eigenen Angaben offen ihre Identitäten. Nicht-binäre trans* Personen berichten ebenfalls deutlich seltener (53,7 %) als binäre trans* Personen (drei Viertel), dass sie ihre geschlechtliche Identität offen leben.

Gründe der Befragten gegen ein Coming-out sind unterschiedlich

Diejenigen, die gar nicht oder nur einem kleinen Teil ihrer Mitmenschen gegenüber offen leben, wurden nach ihren Gründen dafür gefragt:

- Der am häufigsten angegebene Grund sind negative Reaktionen, die befürchtet werden, wie Ausgrenzung oder der Verlust des Arbeitsplatzes. Das sagen 40,5 % der Antwortenden.
- Darauf folgt die persönliche Überzeugung, dass „meine sexuelle bzw. geschlechtliche Identität [...] meine Privatsphäre [ist] – ich möchte sie nicht öffentlich bekannt geben“. Das sagt ein gutes Viertel (26,7 %).
- Gut jede:r Zehnte (10,8 %) befürchtet nach eigenen Angaben, dass nahestehende Menschen aufgrund seiner:ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität negative Reaktionen erfahren.
- Eine Minderheit von 7,4 % der Befragten sagen, nicht offen zu leben, da sie niemanden haben, der:die sie darin unterstützen könnte oder weil sie sich nirgends zugehörig fühlen.

4 Lebenszufriedenheit, Chancengleichheit und Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*

Die große Mehrheit (73 %) der befragten LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen ist mit ihrem Leben zufrieden. Cis Personen sind deutlich zufriedener mit ihrer Lebenssituation als TIN*.

Allerdings sehen die befragten LSBTIQ* für sich in zentralen Lebensbereichen nicht die gleichen Zugangschancen wie für andere Personen in ihrem Bundesland. Die Familiengründung ist der Bereich, in dem die meisten (55 %) keine Chancengerechtigkeit sehen, gefolgt von mangelnder Berücksichtigung ihrer Lebenssituation in Ämtern und Behörden (47 %). Insgesamt nehmen TIN* öfter Chancenungleichheiten wahr als cis Personen. Das lässt sich für alle Bereiche, mit Ausnahme der Familiengründung, wo die empfundene Chancenungleichheit bei allen befragten Personen hoch ist, feststellen.

Etwas mehr als jede:r fünfte (22 %) LSBTIQ* mit Einwanderungsgeschichte empfindet keine Chancengleichheit darin, den Bildungsweg der eigenen Wahl zu gehen. Sowohl LSBTIQ* mit Einwanderungsgeschichte als auch LSBTIQ* mit besonderen gesundheitlichen Bedarfen schätzen ihre Chancen, eine kompetente Gesundheitsversorgung zu erhalten, eine Wohnung zu mieten oder Vermögen aufzubauen, als deutlich geringer ein als der Durchschnitt aller befragten LSBTIQ*.

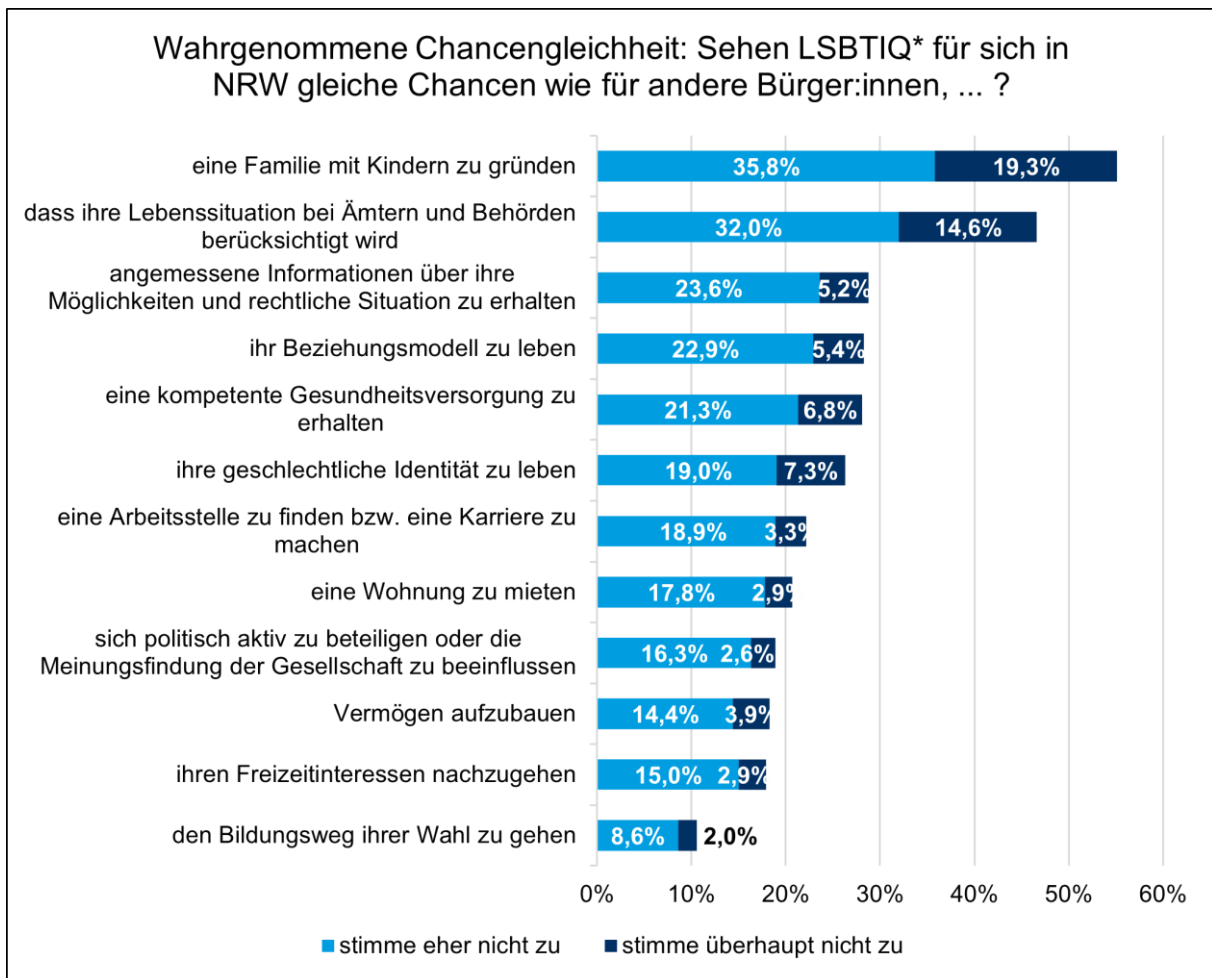


Abbildung 1: *Wahrgenommene Chancengleichheit*

Anmerkung: $n = 4.844 - 4.858$; Fragetext: „Haben Sie als lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre oder queere Person den Eindruck, dass Sie gleiche Chancen wie andere Menschen in NRW haben, [...]?“

Gesellschaftliche Sichtbarkeit und Teilhabe

Eine Mehrheit der Befragten sieht sich mit ihrem Lebensmodell nicht repräsentiert: In der Politik fühlen sich nur 30,5 %, in Medien 44,3 % und in Schulbüchern gar nur 5,7 % repräsentiert. Cis männliche und / oder schwule Befragte fühlen sich in allen Bereichen am häufigsten repräsentiert.

Berichtete Diskriminierungserfahrung

Insgesamt berichtet jede zweite befragte Person, in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen und rund drei Viertel der befragten TIN* aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität in Nordrhein-Westfalen erfahren zu haben.

Neben den Merkmalen sexuelle und geschlechtliche Identität erleben LSBTIQ* aufgrund weiterer Merkmale Diskriminierung: Jede:r fünfte LSBTIQ* (22 %) erlebt nach eigenen Angaben Diskriminierung aufgrund einer Behinderung und / oder chronischen Krankheit. Von allen Befragten LSBTIQ*, die angeben, selbst einen besonderen gesundheitlichen Bedarf zu haben, berichten 59 % von Diskriminierung aufgrund dieses Merkmals. Zudem geben 40,3 % aller LSBTIQ*, die selbst im Ausland geboren sind oder eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft besitzen, an, in den letzten fünf Jahren aus rassistischen Gründen in Nordrhein-Westfalen diskriminiert worden zu sein. 28,7 % derjenigen, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist oder eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft besitzt, wurden aus dem gleichen Grund diskriminiert. Dabei handelte es sich in den meisten Fällen nach Angaben der Befragten um antislawischen, antimuslimischen und / oder antiasiatischen Rassismus.

5 Schwerpunkt Sicherheit

Die Befragungsergebnisse zeigen: Nur gut die Hälfte der Befragten fühlt sich im öffentlichen Raum sicher (4,6 % sehr sicher; 50,8 % eher sicher).

Mehr als ein Drittel der Teilnehmenden (36,5 %) fühlt sich im öffentlichen Raum eher unsicher, weitere 6,6 % sehr unsicher. Die Befragten blicken außerdem mit deutlicher Sorge in die Zukunft: Eine große Mehrheit von 81,4 % der Befragten stimmt der Aussage „ich befürchte, dass sich die Situation von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen verschlechtert“ eher oder voll und ganz zu.

Die Wahrnehmung eines sich verschlechternden gesellschaftlichen Klimas und des persönlichen Sicherheitsempfindens führt bei sehr vielen zu Vermeidungsverhalten. Unter anderem meiden mehr als drei Viertel aller befragten LSBTIQ* bestimmte Straßen, Plätze oder Parks. Auffällig ist, dass cis männliche sowie schwule Befragte deutlich seltener Formen dieses Vermeidungsverhaltens berichten, bspw. sich häufiger im Dunkeln nach draußen trauen, anderen Personen im Dunkeln nicht ausweichen und ihren Radius weniger einschränken – mit einer Ausnahme: Sie vermeiden es unter allen Befragten am häufigsten (69,6 % der cis Männer, 72,2 % der schwulen Befragten), in der Öffentlichkeit Nähe zu ihrem Partner* zu zeigen, also z.B. nicht Händchen zu halten.

Geringe Meldequote trotz hoher Anzahl von Übergriffen

Über 2.800 Personen und damit eine Mehrheit der Befragten gibt an, in den vergangenen fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen entweder selbst Übergriffe erfahren zu haben (37,9 %) oder Personen im nahen persönlichen Umfeld zu kennen, die Opfer eines Übergriffs geworden sind (23,6 %). Zu den Opfern zählen überproportional häufig TIN*. Was darüber hinaus in den Zahlen deutlich wird, ist ein Alterseffekt, der

unabhängig von der Verteilung der Geschlechtsidentitäten besteht: Unter jungen LSBTIQ* werden häufiger Übergriffe erlebt. Während unter den befragten 61- bis 80-Jährigen seit 2019 nur 16,5 % Opfer mindestens eines Übergriffs geworden sind, sind es unter den 16- bis 21-Jährigen 44,4 % und unter den 22- bis 27-Jährigen gar 46,3 %. In dieser Altersgruppe trifft es damit beinahe jede:n Zweite:n.

Jedoch hat sich nur eine kleine Minderheit (9,2 %) bei der Polizei gemeldet. Nicht einmal jedes zehnte Opfer geht also zur Polizei und damit potenziell in die offizielle Kriminalstatistik ein. Unter den größten Hinderungsgründen, Kontakt zur Polizei aufzunehmen, befinden sich neben dem damit verbundenen Aufwand auch Befürchtungen, dass die Polizei geringe Kompetenz zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aufweisen oder auch Diskriminierung durch die Polizei selbst erfolgen könnte.

6 Schwerpunkt Gesundheit, Pflege, Alter

Zwei Drittel aller LSBTIQ* schätzen ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Am besten bewerten cis Männer ihren Gesundheitszustand im Vergleich zu Befragten anderer Geschlechtsidentitäten. Gleichzeitig berichtet jede zweite befragte Person davon, dass bei ihr durch eine Ärzt:in oder Psychotherapeut:in bereits einmal eine Depression oder depressive Verstimmung festgestellt wurde. TIN*-Personen, die Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtsidentität erleben und solche, die sich oft einsam fühlen, berichten am häufigsten von festgestellten Depressionen oder depressiven Verstimmungen zu einem Zeitpunkt in ihrem Leben. Der Schluss, dass Diskriminierungserfahrungen und Einsamkeit Auswirkungen auf die psychische Gesundheit haben, wird durch die Daten der Studie nahegelegt.

Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass knapp zwei Drittel aller befragten trans* und inter* Personen bzw. Personen mit Variationen der Geschlechtsentwicklung (VdG) keine Chancengleichheit bei der Gesundheitsversorgung im Vergleich zu anderen Menschen sehen. Die Erfahrungen im Gesundheitswesen sind durchmisch:

- Mehr als die Hälfte (55,1 %) der LSBTIQ* gibt an, positive Reaktionen im Gesundheitswesen erlebt zu haben. Jede:r Fünfte (20,9 %) hingegen berichtet von überwiegend negativen Reaktionen. LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen erleben nach eigenen Angaben rund doppelt so häufig (40,8 %) negative Reaktionen wie LSBTIQ* ohne Beeinträchtigungen (21,3 %).
- Zwei Drittel (65,7 %) der befragten LSBTIQ* fühlen sich in Bezug auf ihre sexuelle Identität durch das Fachpersonal oft oder immer respektvoll behandelt. Es sind jedoch nur 39,4 %, die sich aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oft oder immer respektvoll behandelt fühlen.
- Die Erfahrungen von TIN* im Gesundheitswesen in Bezug auf ihre geschlechtliche Identität zeigen ein vergleichsweise schlechteres Bild. Fachkräfte reagieren insgesamt häufiger unangemessen auf die geschlechtliche Identität, so die Angaben der Befragten: Es gibt seltener kompetente Beratung und TIN*

werden häufiger mit unangemessenen Fragen zu ihrer geschlechtlichen Identität konfrontiert. Darüber hinaus stellt eine falsche Ansprache durch Fachkräfte eher die Regel als die Ausnahme dar, so die Antworten.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass sich die Mehrheit der antwortenden LSBTIQ* in stationären Wohn- und Pflegeeinrichtungen durch das Fachpersonal respektvoll behandelt fühlt (65,8 %). Dennoch zeigen sich auch Defizite: Jede:r fünfte LSBTIQ* (20,8 %) gibt an, dem Fachpersonal nie oder selten offen vom eigenen Leben und den geführten Beziehungen erzählen zu können.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zeigen sich bis ins hohe Alter: Insgesamt sind 5,9 % der Stichprobe 60 Jahre oder älter und ein Großteil von ihnen lebt die sexuelle Identität offen.

7 Schwerpunkt Integration, Migration, Flucht

Von den rund 4.000 LSBTIQ*-Teilnehmenden, die die Frage nach ihrer Herkunft beantwortet haben, haben 16,2 % angegeben, eine Einwanderungsgeschichte zu haben. Dazu zählen ebenfalls Personen mit Fluchterfahrung und im Asylverfahren. Unterschieden werden Personen zweiter Einwanderungsgeneration, die mindestens einen Elternteil haben, der im Ausland geboren ist bzw. eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft besitzt (11,2 %), und Personen erster Einwanderungsgeneration, die selbst im Ausland geboren sind oder eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft besitzen (5 %).

Der Großteil der Teilnehmenden erster Einwanderungsgeneration identifiziert sich als schwul (32,3 %), lesbisch (24,4 %) oder queer (19,4 %). LSBTIQ* zweiter Einwanderungsgeneration identifizieren sich am häufigsten als schwul (22,7 %), bisexuell (18,9 %) und lesbisch oder queer (je 17,6 %). Teilgenommen haben ebenso Befragte erster und zweiter Einwanderungsgeneration, die sich als pansexuell oder asexuell definieren, jedoch in geringeren Fallzahlen. In Bezug auf die Geschlechtsidentitäten wird deutlich: Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden erster (31 % cis Frauen; 32,5 % cis Männer) sowie zweiter Einwanderungsgeneration (33,3 % cis Frauen; 25,5 % cis Männer) beschreibt sich als cisgeschlechtlich. 24,5 % der LSBTIQ* erster und 30 % zweiter Einwanderungsgeneration identifizieren sich als TIN*. Von den Teilnehmenden ohne Einwanderungsgeschichte identifiziert sich mit 70,4 % ebenfalls die Mehrheit als cisgeschlechtlich, 7,1 % als nicht-binär und 4,8 % als nicht-binär und trans*. Weitere Teilnehmende in geringeren Fallzahlen identifizieren sich als agender, gender questioning oder ordnen sich keiner der Kategorien zu.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass 40,3 % aller LSBTIQ* erster Einwanderungsgeneration nach eigenen Angaben innerhalb der letzten fünf Jahre (seit 2019) in Nordrhein-Westfalen Rassismus- bzw. Diskriminierungserfahrungen aufgrund der nationalen Herkunft gemacht haben. Unter LSBTIQ* der zweiten Einwanderungsgeneration berichten 28,7 % von dieser Diskriminierungsform.

Mehr als ein Drittel der Personen erster (37,8 %) sowie zweiter Einwanderungsgeneration (38,8 %) hat innerhalb der letzten fünf Jahre in Nordrhein-Westfalen Beleidigungen oder Übergriffe erlebt, jedoch die Polizei nicht eingeschaltet. Das sind nur geringe Unterschiede von drei bis vier Prozentpunkten gegenüber allen befragten LSBTIQ*. Einen Übergriff erlebt und die Polizei eingeschaltet hat nur eine kleine Minderheit von drei (erster Einwanderungsgeneration) respektive vier (zweiter Einwanderungsgeneration) Prozent – ebenfalls kein Unterschied zum Durchschnitt aller LSBTIQ* (3,5 %). Ein Großteil der befragten LSBTIQ* mit Einwanderungsgeschichte schaltet die Polizei nicht ein, da Diskriminierung befürchtet⁵ und fehlende Kompetenzen erwartet werden.

In ihrer ebenfalls hohen Lebenszufriedenheit zeigen LSBTIQ* mit Einwanderungsgeschichte ebenfalls keinen Unterschied gegenüber dem Durchschnitt. Betrachtet man differenziertere Fragen nach dem Wohlbefinden, zeigen sich jedoch Unterschiede: LSBTIQ* erster Einwanderungsgeneration geben rund zweieinhalbmal so häufig wie LSBTIQ* ohne Einwanderungsgeschichte an, beinahe jeden Tag innerhalb der letzten zwei Wochen einen Verlust an Freude und Interesse empfunden zu haben (17,9 % gegenüber 7,4 %).

Die interviewten Geflüchteten berichten von einer sehr belastenden Ankunft, insbesondere durch die Wohnsituationen in Geflüchtetenunterbringungen. Community-Angebote für geflüchtete LSBTIQ* helfen ihnen sehr, Anschluss zu finden und sich akzeptiert zu fühlen, so das Ergebnis der Fokusgruppe. Aus der Praxis berichten die interviewten Expert:innen der Geflüchtetenhilfe davon, dass besondere Schutzbedarfe von LSBTIQ* in Not- bzw. Übergangsunterkünften teils wenig Beachtung fänden. Die sichere Unterbringung sei für viele LSBTIQ* mit Fluchterfahrung bzw. im Asylverfahren eines der wichtigsten Anliegen, mit dem Fachkräfte in Beratungen in Kontakt kämen, so die interviewten Expert:innen.

8 Erfahrungen von LSBTIQ* in unterschiedlichen Lebensbereichen

LSBTIQ* machen abhängig von ihrer sexuellen und / oder geschlechtlichen Identität in vielen Lebensfeldern spezifische Erfahrungen. In manchen Bereichen wie der Schule, der Hochschule, bei der Arbeit oder im Sport bestehen zudem Hierarchien oder Abhängigkeitsverhältnisse, die einen offenen Umgang mit der eigenen Identität erleichtern oder auch erschweren können. Eine Übersicht der berichteten Erfahrungen zeigt, dass die befragten LSBTIQ* am häufigsten positive Erfahrungen im Freizeit-, Kultur- und Ehrenamtskontext, in Hochschulen und im Bereich der sozialen

⁵ 75,3 % der LSBTIQ* zweiter Einwanderungsgeneration und 64,5 % derjenigen erster Einwanderungsgeneration gegenüber 59,3 % der LSBTIQ* ohne Einwanderungsgeschichte nennen diesen Grund.

Arbeit machen. Die häufigsten negativen Erfahrungen berichten sie von der Schule, im Kontakt mit Ämtern und Behörden sowie im Sport.

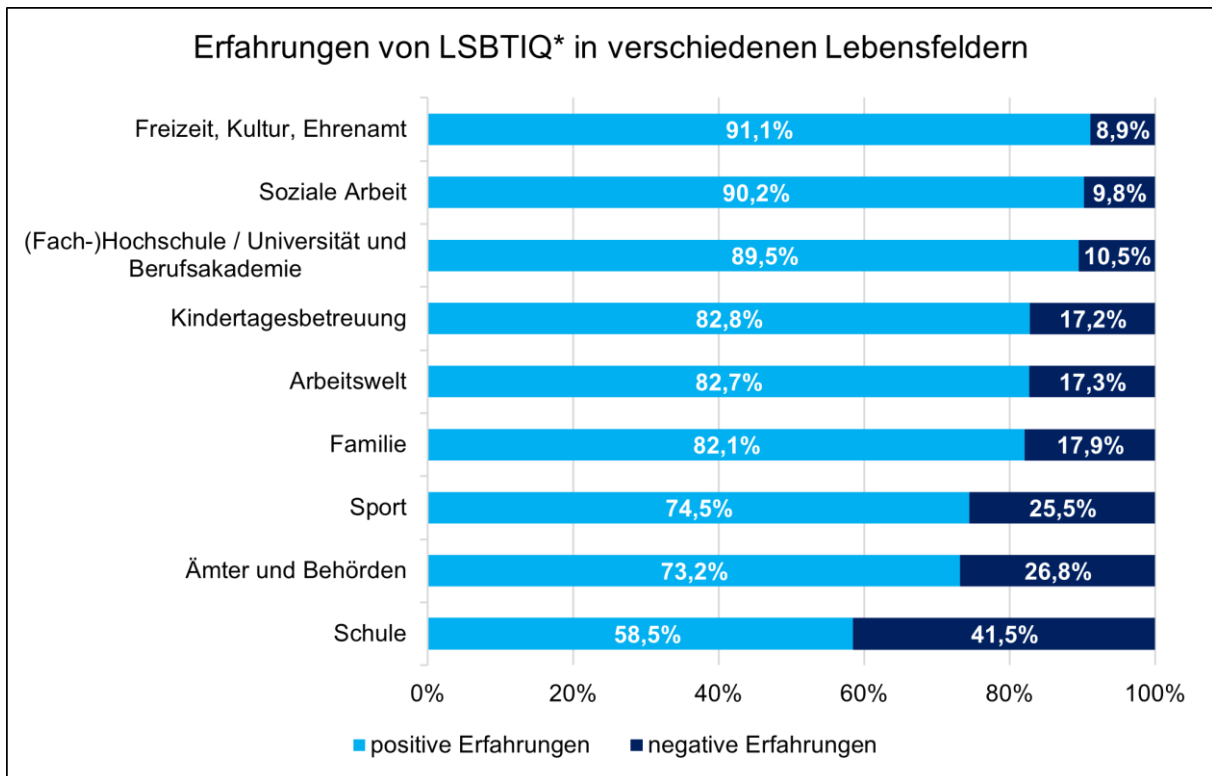


Abbildung 2: Erfahrungen von LSBTIQ* in verschiedenen Lebensfeldern

Anmerkung: $n = 540 - 3.853$; Fragetext: „Und wie sieht es in den folgenden Lebensfeldern aus: Haben Sie in den letzten 5 Jahren (seit 2019) aufgrund Ihrer sexuellen bzw. geschlechtlichen Identität positive oder negative Reaktionen in NRW erfahren?“

Erfahrungen in der Schule

Mit 41,5 % ist der Schulbereich derjenige unter allen abgefragten Lebensbereichen, in dem am häufigsten negative Erfahrungen angegeben werden. Fast zwei Drittel (62,2 %) aller, die in den vergangenen fünf Jahren eine Schule in NRW besucht haben, geben an, dass abwertende Äußerungen über sie getätigt werden bzw. wurden. Die Hälfte der LSBTIQ* (50,5 %) fühlt sich aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität in der Schule ungerecht behandelt.

Neben verbaler Diskriminierung wird auch körperliche Gewalt rückgemeldet:

Fast jede:r fünfte befragte LSBTIQ* (18,4 %) wird bzw. wurde in der Schule innerhalb der letzten fünf Jahre bedroht oder körperlich angegriffen, jede:r Zehnte (11,8 %) erlebt bzw. erlebte sexualisierte Übergriffe, so die Selbstausskunft der Befragten.

In Bezug auf die Sichtbarkeit dieser Themen zeigt sich ein weiterer Handlungsbedarf: Mit 90,9 % gibt die große Mehrheit der LSBTIQ* die Rückmeldung, sich nicht mit ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität in Schulbüchern sowie im Unterricht repräsentiert zu fühlen.

9 Erfahrungen der Angehörigen von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen

Insgesamt haben 775 Angehörige von LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen an der Befragung teilgenommen. Die Kategorien für das Angehörigenverhältnis wurden für die Analysen wie folgt zusammengefasst:

- **Herkunftsfamilie:** Kind(er), Geschwister, Elternteil, Großeltern, Enkel:in, Cousin* / Cousine*, Onkel* / Tante*, Schwiegermutter* / Schwiegervater*
- **Wahlfamilie:** engster Freund:innenkreis, Beziehungsperson in Wahlfamilie, Partner:in, ehemalige:r Lebenspartner:in, ein anderer Mensch

Die Antworten der Angehörigen spiegeln ein ebenso breit gefächertes Spektrum sexueller und geschlechtlicher Identitäten wider wie die Antworten der LSBTIQ* Befragten selbst.

Mehr als die Hälfte (57 %) der befragten Angehörigen von LSBTIQ* gibt an, dass die sexuelle oder geschlechtliche Identität ihres Familienmitglieds keinen Einfluss auf das Familiengefüge habe. Ein Viertel (24,2 %) sagt, dass diese einen positiven Einfluss habe und rund jede:r Zehnte (9,2 %) berichtet von einem negativen Einfluss auf das Familiengefüge.

Insgesamt geben die Angehörigen selbst an, auf das Coming-out des Familienmitglieds überwiegend positiv zu reagieren. 14,3 % aller Angehörigen geben dagegen an, sich hilflos gefühlt zu haben. Bei Personen aus der Herkunftsfamilie sind es sogar 22,4 % und somit mehr als jede:r Fünfte. Jede:r zehnte Angehörige (10,9 %) hat gehofft, dass das Coming-out des Familienmitglieds nur eine Phase wäre.

Insgesamt fallen die Reaktionen auf das Coming-out hinsichtlich der Geschlechtsidentität negativer aus als hinsichtlich der sexuellen Identität. Zusätzlich wird in den Antworten klar, dass der Informationsbedarf von Angehörigen mit trans* Familienmitgliedern größer als der von cis Familienmitgliedern ist. Außerdem äußern Menschen aus der Herkunftsfamilie einen höheren Informationsbedarf als Menschen aus der Wahlfamilie.

Fast alle Angehörigen (95,7 %) lehnen die Aussage ab, dass es besser gewesen wäre, wenn sich das Familienmitglied nicht geoutet hätte.

Die Hälfte (50,3 %) aller Angehörigen sagt, dass ihr LSBTIQ*-Familienmitglied in den letzten fünf Jahren aufgrund der sexuellen und / oder geschlechtlichen Identität negative Reaktionen, wie Ablehnung oder Benachteiligungen, erfahren hat. Unter Angehörigen von binären trans* Personen sagen dies sogar knapp zwei Drittel (64 %), unter Angehörigen mit einem nicht-binären trans* Familienmitglied sind es gar drei Viertel (75 %).

Etwas mehr als ein Viertel (26,4 %) aller Angehörigen gibt an, sich oft Sorgen um die Sicherheit ihres Familienmitglieds zu machen. Mehr als drei Viertel der Angehörigen (78,2 %) finden, dass ihr LSBTIQ*-Familienmitglied in Nordrhein-Westfalen überwiegend oder vollkommen gesellschaftlich akzeptiert ist. Angehörige von nicht-binären (46,5 %) und binären (30,7 %) trans* Familienmitgliedern sehen diese seltener gesellschaftlich akzeptiert.

Zwei Drittel der Befragten werden als Angehörige:r eines LSBTIQ*-Familienmitglieds nicht ernst genommen oder anerkannt (44,2 % mehrmals, 21,6 % regelmäßig) und über die Hälfte erlebt, dass sich über sie oder ihre Familie lustig gemacht wurde und herabsetzende Sprüche oder Witze gemacht werden (42,2 % mehrmals, 13,6 % regelmäßig). Knapp ein Drittel (30,3 %) aller Angehörigen sagt, dass es mehrmals zu einem unfreiwilligen Outing des Familienmitglieds durch andere Menschen gekommen ist. Jede:r Zehnte (9,6 %) sagt, dass dies sogar regelmäßig passiert.

10 Erfahrungen von Fachkräften im Umgang mit LSBTIQ* in Nordrhein-Westfalen

Einen wichtigen Bestandteil der Lebenslagenstudie stellt die Befragung von Fachkräften dar. Denn in vielen zentralen Lebensbereichen sind Menschen mit Fachkräften in Kontakt, teils in Abhängigkeitsverhältnissen wie in der Schule, im Gesundheitswesen oder im Kontakt mit der Polizei. Dort ist jede:r darauf angewiesen, gut behandelt zu werden, so auch LSBTIQ*. In einigen Bereichen erfordert dies spezifisches Wissen oder einen sensibilisierten Umgang mit unterschiedlichen Bedarfslagen. Dies bei einer Reihe von Berufsgruppen in ganz Nordrhein-Westfalen abzufragen, soll neue Perspektiven auf die Lebenslagen von LSBTIQ* geben.

Mit einem sehr hohen Rücklauf von rund 5.000 antwortenden Fachkräften können die nachstehenden Ergebnisse einen wichtigen Bezugspunkt für zukünftige Maßnahmen in den Professionen bilden.

Ein Viertel der Fachkräfte (26,4 %), die an der Umfrage teilgenommen hat, identifiziert sich selbst als LSBTIQ* oder Person mit Variationen der Geschlechtsentwicklung. Am häufigsten kommen diese Fachkräfte aus den Fachgebieten der Psychologie, Psychotherapie oder psychologischen Beratung (38,5 %) sowie aus der sozialen Arbeit, Jugendhilfe und psychosozialen Versorgung (37,4 %).

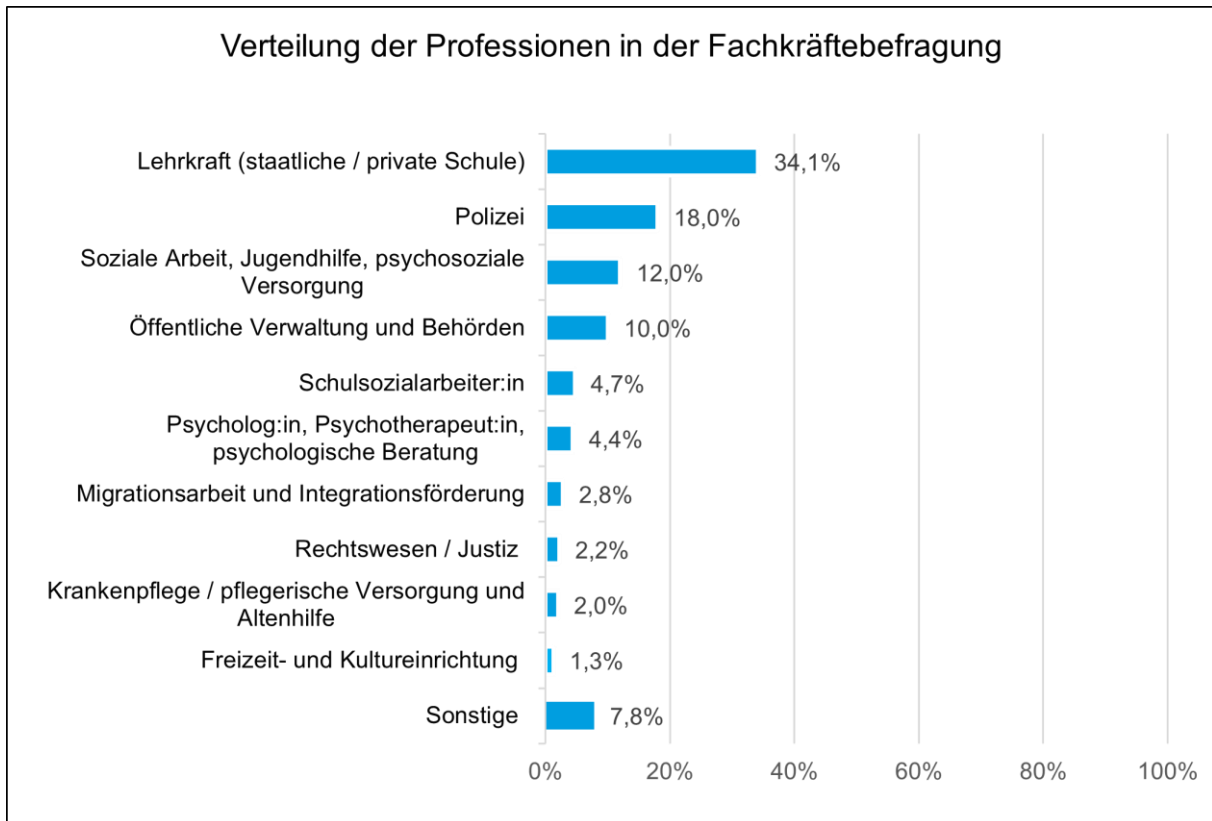


Abbildung 3: Verteilung der Professionen in der Fachkräftebefragung

Anmerkung: $n = 4.976$; Fragetext: „In welchem der folgenden Arbeitsbereiche sind Sie tätig?“

Die Antworten zeigen, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für die meisten Befragten bereits jahrelang beruflich ein Thema ist. Allerdings gibt auch jede fünfte Fachkraft (19,9 %) an, dass es keine Rolle im eigenen Arbeitsbereich spielt. Dies sind vorwiegend Fachkräfte aus den Bereichen Rechtswesen und Justiz (53,4 %), Polizei (41,1 %), Krankenpflege, pflegerische Versorgung und Altenhilfe (34 %) sowie öffentliche Verwaltung und Behörden (31,4 %).

Es fällt auf, dass insgesamt fast die Hälfte der befragten Fachkräfte (47,5 %) ihr eigenes Arbeitsumfeld als queersensibel beschreibt. Besonders häufig sind dies mit fast zwei Dritteln (60,5 %) Psycholog:innen, Psychotherapeut:innen und Fachkräfte der psychologischen Beratung. Als wenig queersensibel beschreiben durchschnittlich 38,8 % aller Fachkräfte ihr Arbeitsumfeld. Vor allem Schulsozialarbeitende (51 %) und Fachkräfte der Polizei (48,7 %) geben diese Rückmeldung.

Wissen über spezifische Herausforderungen von LSBTIQ* und Maßnahmenwünsche

Gefragt danach, ob sie innerhalb ihres Studiums oder ihrer Ausbildung bereits Themen zusammenhängend mit sexueller und / oder geschlechtlicher Vielfalt kennengelernt haben, verneint die Mehrheit aller befragten Fachkräfte (79,8 %) dies. Die Fachkräfte, die dies bejahen, sind v.a. aus der Migrationsarbeit und Integrationsförderung (34,3 %), der sozialen Arbeit, Jugendhilfe und psychosozialen Versorgung (34 %) sowie Schulsozialarbeiter:innen (29,7 %). Lehrkräfte (14,6 %) geben weniger häufig als der Durchschnitt aller Fachkräfte (20,2 %) an, dies im Lehramtsstudium bereits erlernt zu haben.

Zwei Drittel der befragten Fachkräfte (61,9 %) geben an, noch nie eine Fortbildung oder Lehrveranstaltung zu sexueller oder geschlechtlicher Vielfalt im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit besucht zu haben. Darunter sind mit 71 % weitaus häufiger Lehrkräfte vertreten als im Durchschnitt aller Berufsgruppen

Die Fachkräfte sind im Durchschnitt deutlich häufiger mit Bedarfen und Herausforderungen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen (LSB*) vertraut als mit denen von trans*, nicht-binären und v.a. inter* Personen bzw. Personen mit Variationen der Geschlechtsentwicklung (TIN*). Während sich nach eigener Einschätzung drei Viertel (76,3 %) der Fachkräfte gut bis sehr gut mit den Bedarfen von LSB* vertraut fühlen, fühlen sich zwei Drittel (61,2 %) wenig bzw. nicht mit den Bedarfen von trans* und nicht-binären Personen vertraut. In Bezug auf die Bedarfe von inter* Personen und Personen mit Variation der Geschlechtsentwicklung fühlt sich mit 80,3 % die große Mehrheit der Fachkräfte wenig bzw. nicht vertraut.

Als größte Herausforderung, um Bedarfe von LSBTIQ* (besser) zu berücksichtigen, geben 70,7 % der Fachkräfte mangelnde personelle oder zeitliche Ressourcen an. Besonders häufig sind dies Schulsozialarbeiter:innen (82,7 %), Fachkräfte der sozialen Arbeit, Jugendhilfe und psychosozialen Versorgung (76,9 %), Lehrkräfte (75,5 %) sowie Fachkräfte in der Migrationsarbeit und Integrationsförderung (75,3 %). Über die Hälfte aller Fachkräfte gibt ebenso an, dass mangelnde finanzielle Ressourcen einen Hinderungsgrund darstellen.

Doch auch die fehlende Unterstützung oder Widerstände im Kollegium werden von einem Viertel der Fachkräfte rückgemeldet. Mit über der Hälfte liegen hier Fachkräfte der Krankenpflege, pflegerischen Versorgung und Altenhilfe (57,8 %) weit über dem Durchschnitt. Ebenso geben Schulsozialarbeiter:innen (35 %) dies häufig an. Jede fünfte Fachkraft (22,3 %) bestätigt, diese fehlende Unterstützung oder Widerstände auch durch die eigene Geschäftsleitung oder durch Vorgesetzte wahrzunehmen. Besonders häufig sind dies Fachkräfte aus der öffentlichen Verwaltung und aus Behörden (34,2 %) oder aus Freizeit- und Kultureinrichtungen (32,6 %).

In Bezug auf die Maßnahmenwünsche der Fachkräfte fällt auf:

Jeweils mehr als die Hälfte aller befragten Fachkräfte stimmt allen vorgeschlagenen Maßnahmen zu. Dies verdeutlicht professionsübergreifend einen großen Bedarf im Themenfeld der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt.

Zudem wünschen sich zwei Drittel aller Fachkräfte Informationen, um sich sicherer im Umgang mit LSBTIQ* und Personen mit Variationen der Geschlechtsentwicklung zu fühlen.

11 Fazit

Zum Abschluss soll an dieser Stelle ein Ausblick des wissenschaftlichen Autor:innen-Teams in Form übergreifender Schlussfolgerungen gegeben werden. So lassen sich auf Basis der dargelegten empirischen Ergebnisse die folgenden sieben maßgeblichen Trends identifizieren:

- 1. LSBTIQ* in NRW fürchten eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung:** Während über viele Jahre Verbesserungen, v.a. in der rechtlichen Gleichstellung (Ehe-Öffnung, Einführung des dritten Personenstands, Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes) erzielt werden konnten, äußern die Befragten ein großes persönlich-physisches sowie auf die Gesellschaft bezogenes Unsicherheitsgefühl, das sich auch in einem mehrheitlich pessimistischen Blick auf die Zukunft ausdrückt. Die zunehmende Sichtbarkeit offen lebender LSBTIQ* und die mediale Diskussion, insbesondere geschlechtlicher Vielfalt und gendergerechter Sprache bei gleichzeitiger Instrumentalisierung und Desinformation durch rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur:innen, tragen zu einem höheren Diskriminierungs- und Gewaltrisiko bei.
- 2. Höhere Diskriminierungsexposition von TIN* im Fokus:** Die Studie zeigt, dass sich Lebenslagen und Herausforderungen von trans*, inter* und nicht-binären Personen deutlich von cisgeschlechtlichen (auch LSBQ*-)Personen unterscheiden. Die berichtete, durchweg höhere Diskriminierungs- und Gewaltexposition, die niedrigere Lebenszufriedenheit und häufigere Einsamkeit

von TIN*-Befragten rechtfertigen zukünftig vermehrt von der Politik abzuleitende Maßnahmen bspw. zum Schutz oder zur psychosozialen Versorgung der Betroffenen wie auch separate Erhebungen (u.a. bspw. zu Transitionserfahrungen).

- 3. Unterschiede in den Bedarfen je nach Lebenssituation berücksichtigen:** Nicht nur unterscheiden sich Bedarfe cisgeschlechtlicher und TIN*-Personen. Bedarfe variieren von Lebenslage zu Lebenslage, was in dieser Studie beispielsweise in unterschiedlichen Formen und Möglichkeiten der Familiengründung oder bei den Themen Migration und Asyl sichtbar wird. Hier muss weiterhin wissenschaftlich und politisch differenziert geprüft werden, welche Lebenssituationen rechtlich ausreichend abgesichert sind bzw. durch Maßnahmen abgesichert werden und welche Lebenssituationen weiterhin benachteiligt bzw. in neuen Maßnahmen unberücksichtigt bleiben.
- 4. Auch Angehörige von LSBTIQ* haben besondere Bedarfe:** Viele der befragten Angehörigen, v.a. aus Herkunftsfamilien von LSBTIQ*, äußern Beratungsbedarfe rund um das Coming-out ihres Familienmitglieds. So sehr sich die meisten von ihnen „Normalität“ im Sinne eines gelassenen, selbstverständlichen Umgangs ihres Umfelds und der Gesellschaft für ihre:n Angehörige:n wünschen, sehen sie gleichzeitig die Notwendigkeit spezifischer Informationen und von Selbsthilfegruppen oder Angehörigentreffs. Auch angesichts zahlreicher Desinformationen rund um Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt wird die Bedeutung von Informations- und Beratungsangeboten für Angehörige von LSBTIQ* dringlich. Hier gilt es zukünftig zu prüfen, wie die Angebotsstruktur in Nordrhein-Westfalen diesbezüglich aufgestellt ist.
- 5. Viele Fachkräfte wünschen sich einen sachgerechten Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.** Nur wird dieser höchst unterschiedlich interpretiert: Während ein Teil der Fachkräfte besondere Bedarfe von LSBTIQ* sieht und dafür besser fachlich geschult werden möchte, führt der Fokus auf solche besonderen Bedarfe bei einem anderen Teil der Fachkräfte zu Reaktanz, weil sie davon ausgehen, dass alle Menschen von ihnen gleich- (statt „sonder-“)behandelt und Themen nicht „überbetont“ werden sollten. Um eine Polarisierung innerhalb der Belegschaften, Teams und Institutionen zu vermeiden, braucht es daher ein gemeinsames Verständnis für die Relevanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im jeweiligen Arbeitsbereich – was ist wirklich spezifisch für den Umgang mit LSBTIQ* und in welchen Belangen sind sie wie andere gesellschaftliche Gruppen zu sehen?
- 6. Die Berücksichtigung intersektionaler Diskriminierung bleibt ein Forschungsdesiderat:** Die Stärke dieser Studie liegt in der zahlenstarken Betrachtung einiger Teilgruppen bzw. Mehrfachidentitäten. Dank der hohen Teilnahmezahlen ist es möglich geworden, Aussagen für oftmals mehrfachmarginalisierte Personenkreise zu treffen. Dennoch gelingt es in der Ausrichtung der Studie nicht, intersektionale Diskriminierung in Form sich verschärfender und verschränkender Formen der Mehrfachdiskriminierung in ein und derselben

Situation zu untersuchen. Dafür sind vertiefende Fragebereiche nötig, in denen spezifische Situationen analysiert werden können (Beigang et al. 2017). Dabei sollte geklärt werden, wie Ergebnisse solcher intersektionaler Analysen auch in tatsächliches politisches Handeln, bspw. in Form intersektionaler Maßnahmenausrichtung, übersetzt werden können.

- 7. Eine im Querschnitt agierende partizipative LSBTIQ*-Politik stärkt die Demokratie:** Die in dieser Studie aufgezeigte Diversität rund um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verdeutlicht, dass diese Themen im Querschnitt betrachtet werden sollten. Queerpolitik stellt kein gesondertes Einzelfeld dar. Auch im Sinne einer Stärkung der Demokratie bietet sich der inter- und transdisziplinäre, partizipative Austausch zwischen Fachressorts untereinander sowie mit Vertreter:innen aus den LSBTIQ*-Communities und der breiten Zivilgesellschaft an.

Die im Rahmen dieser Studie befragten LSBTIQ*, Angehörigen, Fachkräfte und Expert:innen haben darüber hinaus viele hunderte offene Eingaben gemacht, von Bedarfsäußerungen bis hin zu Maßnahmenwünschen. Diese Angaben wurden vom Forschungsteam ausgewertet und in Form von Arbeitstabellen an das für das Politikfeld gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*) zuständige Fachministerium weitergeleitet. So können diese kategorisierten Vorschläge zur Weiterarbeit in der Landespolitik, mit LSBTIQ*-Communities und Fachstellen in den kommenden Jahren dienen. Die Lebenslagenstudie NRW ist somit nicht abgeschlossen, sondern lebt in Form eines anschließenden politischen Prozesses weiter.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon: 0211 837-2000
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.chancen.nrw

© 2025 / MKJFGFI, 1078
Düsseldorf, April 2025

Die Publikation kann heruntergeladen oder in Druckfassung bestellt werden unter:
<https://www.mkjfgfi.nrw/broschuerenservice>
Die Veröffentlichungsnummer lautet 1078.

Autorinnen (Text und Layout)

Dr. Christina Rau, Melanie Strzelecki, Lisa Wirschin
Rauh Research Management, 42799 Leichlingen

Bildnachweis

Titelbild: Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen bzw. Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen bzw. Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

